

Gegen die Gewalt

Entmilitarisierung der Gesellschaft – Verweigerung der Kriegsdienste*

von Wolfram Beyer

Die politische Neuzeit¹ beginnt mit der *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* der französischen Nationalversammlung von 1789. Sie wurde in Anlehnung an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 und an die Philosophie der Aufklärung des 18. Jahrhunderts ausgearbeitet.

Die Erklärung der Menschenrechte wurde die Grundlage für die Verfassung republikanischer Staaten. Das grundsätzliche Neue war, dass „*der Mensch als solcher, und weder die Gebote Gottes noch die des Naturrechts, noch die Gebräuche und Sitten der durch Tradition geheiligten Vergangenheit den Maßstab*“² dafür abgeben sollte, was recht und was unrecht sei.

Die republikanische Bewegung fühlte sich befreit von gesellschaftlichen, religiösen und historischen Autoritäten.

Die Menschen der Neuzeit hatten darüber hinaus „*ihre gesellschaftliche und ihre geistige Heimat verloren (...). und es gab mit der zunehmenden Säkularisierung der Welt keine Garantie mehr, dass sie wenigstens außerhalb der politisch-säkularen Sphäre als Christen und vor Gott alle gleich waren. Der politische Körper musste nun selbst die Garantie schaffen.*“³

Der Staat mit seiner Verfassung sollte das garantieren, was weder die gesellschaftlichen, noch die geistigen, noch die religiösen Mächte mehr zu bieten im Stande waren.

Der Staat war und ist aber nicht „frei“, sondern historisch gewachsen aus den gesellschaftlichen und staatlichen Machtinstitutionen (u.a. Kirche, Militär). Diese konservative Machtallianz war anti-republikanisch, christlich und monarchistisch geprägt.

Auf diesem Hintergrund wurden die Menschenrechte erst einmal zu einer Forderung und Ausnahmerecht für die Unterdrückten. Eine weitere Problematik der Menschenrechte lag in der Vorstellung von dem „Menschen überhaupt“. Wie sollte der Begriff des Menschen politisch gefasst werden? Gelöst wurde dieses Dilemma, „insofern die Französische Revolution die Menschheit als eine Familie von Nationen, im Sinne von Staaten, verstand. Der Begriff Mensch, der den Menschenrechten zugrunde lag, wurde nach dem Volk und nicht nach dem Individuum definiert. Justitiabel wurden später die Begriffe Nationalstaat und Volkssouveränität in Verbindung mit dem Begriff der Menschenrechte. Der „Mensch überhaupt“ wird also immer mit dem Glied eines Volkes identifiziert.“⁴

Angesichts der Dominanz des Christentums hat sich überall in Europa die alttestamentarische Überzeugung vom „auserwählten Volk“ als Inkarnation der jeweils eigenen Nation durchgesetzt. Nationalismus, und in Folge Krieg, war die Antwort auf die prinzipielle Herausforderung der politischen Neuzeit. Kirchliche Institutionen, als ideologische Machtzentren der Gesellschaft, waren

¹ Vgl. Hannah Arendt: Die Apriorien der Menschenrechte, in: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1951), München 2005

² ebenda. S. 601

³ ebenda. S. 602

⁴ ebenda, S. 604

vorwiegend auf der Seite gegen Demokratie und Republik. Der Nationalismus entstand also in dieser Zeit und ist kein Relikt aus archaischer Vorzeit. Die ökonomisch entwickelten Länder (England, Frankreich) des 18. Jahrhunderts waren die Pionierländer in der Herausbildung der Nationalstaaten.

Diese Erkenntnis führt von der Aufgabenstellung der Entmilitarisierung der Gesellschaft zur Frage der Entstaatlichung, bzw. Entnationalisierung der Menschenrechte. Es ist verwunderlich, dass in der Vergangenheit staatenlose Menschen und auch Flüchtlinge immer auf ihre Nationalität bestanden haben. *„Nicht eine Gruppe von Flüchtlingen ist je auf die Idee gekommen, an die Menschenrechte zu appellieren; wo immer sie sich organisierten, haben sie für ihre Rechte als Polen oder als Juden oder als Deutsche gekämpft. Mit den Großmächten hatten die Staatenlosen zumindest eines gemeinsam, die gleichgültige Verachtung für die Gesellschaften zum Schutz der Menschenrechte.“*⁵

Die Aufgabe nach der Entstaatlichung der Menschenrechte stellt die Frage, ob es die unabdingbaren Menschenrechte überhaupt gibt, die unabhängig von jedem besonderen politischen Status und einzig aus der bloßen Tatsache des Menschseins entspringen.

Antworten finden wir in den humanistischen Diskussionen. Beim Begriff *Humanismus* steht in freidenkerischer Form der Mensch als Natur- und Sozialwesen im Mittelpunkt. Die Würde des Menschen ist Ausgangs- und Endpunkt des Denkens und Handelns, sowie dessen Einmaligkeit und Individualität. Der Mensch ist der höchste Zweck seiner selbst (Immanuel Kant).

Die *Menschenrechte* sind von zentraler Bedeutung für die säkularen⁶ und freigeistigen Organisationen, die monotheistische Religionen ablehnen, sowie das Staatskirchentum und den Monopolspruch der christlichen Kirchen. *Freigeistig* meint „frei im Geist“ und „ist ein traditioneller Ausdruck nach dem Lied ‚Die Gedanken sind frei‘ für alle ‚Konfessionslosen‘ (Dissidenten), aber auch für Weltanschauungs- bzw. Religionsgemeinschaften, bzw. Interessenverbände, die undogmatische Lebensauffassungen vertreten in einem Spektrum von vernunft- und naturorientierten Überzeugungen, agnostischen, atheistischen, existentialistischen, freidenkerischen, freireligiösen, liberalen, marxistischen, pantheistischen, pragmatischen, psychoanalytischen, skeptischen und unitarischen Weltansichten.“⁷

Dieses Spektrum näher zu beleuchten würde den Rahmen sprengen. Es soll hier nur die unterschiedlichen und oft gegensätzlichen Positionen angedeutet werden. Die Vielzahl von Gruppen und Organisationen haben unterschiedliche Traditionslinien und Aufgabengebiete. Wir folgen hier dem Thema „Krieg und Frieden“ im freigeistigen Spektrum mit der Frage nach der Bewertung von Politik.

Menschenrechte wurden auch zur Legitimation von Gewalt missbraucht. Erinnerung sei an den NATO-Angriffskrieg 1999 – mit deutscher militärischer Beteiligung – gegen Jugoslawien. Im Namen der Menschenrechte wurde Krieg als „humanitäre Aktion“ geführt. Die Menschenrechte wurden zu staatlichen, bzw. militärischen Eingriffsrechten umfunktioniert.⁸

„Gegen die Gewalt“ erfordert eben auch, die *Menschenrechte* aus der staatlichen Bindung zu befreien.

⁵ ebenda, S. 607

⁶ Säkularisierung: Trennung von Staat und Kirche

⁷ Host Groschopp: Säkulare Verbände, Textarchiv fowid (Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland) TA-2005-9

⁸ Siehe dazu: Wolfram Beyer: Kriegsdienste verweigern – Pazifismus heute (Hommage an Ossip K.Flechtheim), Berlin 2000, S. 8

Diese staatliche Orientierung ist eigentlich eine widersinnige Verbindung und gegensätzlich zum freigeistigen Denken. Staatliche Machtentfaltung ist konservative Politik und handlungsorientiert auf den Ausbau von Militär, Polizei und Bürokratie zur staatlichen Machtsicherung.

Die Formen des Staats-Sozialismus können in diesem Kontext genannt werden, mit ihrer Orientierung am Humanismus. Ossip K. Flechtheim bezieht sich mit seiner sozialistischen Kritik am Etatismus der Sowjetunion auf den „weitsichtigen Bertrand Russell“⁹, der bereits 1920 die nationalen und imperialen Züge der Sowjetunion kritisierte und fragt: „Ist also der Bolschewismus zu einer einfachen konservativen Größe geworden?“¹⁰

Bedeutungsvoll ist die Kritik der atheistischen Pazifisten Bertrand Russell, E. J. Gumbel, und Ossip K. Flechtheim deshalb, weil sie den sozialistischen Etatismus der Sowjetunion analysierten. Russell kritisiert den Bolschewismus, weil er an „die Kirche im Mittelalter“ erinnern würde. Das gefährlichste sind die „fanatische Annahmen von Lehren, die in einem Heiligen Buch enthalten sind, die Ablehnung einer kritischen Untersuchung dieser Lehren und die brutale Verfolgung aller, die sie ablehnen“¹¹. Flechtheim spricht vom „Sowjetkommunismus als einer Sozial- und Säkularreligion“¹². Joachim Kahl bemerkt selbstkritisch, dass seine vorbehaltlose Hinwendung zum Marxismus, bald auch zum Marxismus-Leninismus, seine „atheistische Philosophie selbst eine religiöse Färbung annahm.“¹³

Sozialistische und sozialdemokratische Politik heute, die Kriege verhindern will, sollte sich den Erkenntnissen der Geschichte stellen und aus offensichtlichen Fehlern lernen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg – vor hundert Jahren – gab es eine bedeutende Debatte in der internationalen Arbeiterbewegung, die in ihren grundsätzlichen Aspekten Aktualität hat. Es wurde diskutiert über den Zusammenhang von Kapitalismus und Militarismus, über die Verantwortung des Einzelnen, Kriegsdienstverweigerung und Streik gegen den Krieg.

Es war eine Kontroverse zwischen dem deutschen Sozialisten Karl Liebknecht (1871-1919), einer bekannten Persönlichkeit der internationalen sozialdemokratischen Bewegung und dem holländischen libertären Sozialisten Domela Nieuwenhuis (1846-1919).

1907 wurde von Karl Liebknecht die Programmschrift „Militarismus und Antimilitarismus“ für die sozialistische Jugendbewegung veröffentlicht.

„Der sozialdemokratische Antimilitarismus führt den Kampf gegen den Militarismus als gegen eine Funktion des Kapitalismus, in Erkenntnis und unter Anwendung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsgesetze.“ Er ist „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr anstelle der stehenden Heere (...)“ Die Sozialdemokraten sind Gegner des „utopischen Standpunkts“ der sich „nicht gegen den Militarismus, sondern gegen jegliche Art der Vorbereitung zum Kriege wendet, der ... die Beteiligung an jeglicher Art von Krieg prinzipiell verwirft.“¹⁴

Liebknecht formuliert hier eine Polemik gegen die Minderheits-Position in der IAA (2. Internationale Arbeiterassoziation). Auf den Konferenzen der 2. Internationale (IAA) wurden 1891 und 1893 von anarchistischer Seite Resolutionen – unter Beteiligung von Domela Nieuwenhuis – eingebracht, die

⁹ Ossip K.Flechtheim: Vorwort, in: E.J. Gumbel, Vom Russland der Gegenwart (1927), Verlag des Wunderhorn Heidelberg 1982, S. 5

¹⁰ ebenda S. 10

¹¹ Bertrand Russell: Kann die Religion unsere Sorgen beseitigen? (1954), in: Warum ich kein Christ bin ..., Reinbek 1974, S. 216 f

¹² Flechtheim, 1982, S. 11

¹³ Joachim Kahl: Das Elend des Christentums, Reinbek 1993, S. 11

¹⁴ Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Band 1 Berlin 1983, S.432 / S. 443f.
1907 wird K.L. wegen „Hochverrats“ (Anti-Militaristische Propaganda) zu einjährig Gefängnis verurteilt.

vorsahen, bei Kriegserklärungen zur allgemeinen Kriegsdienstverweigerung und zum Streik aufzurufen. Die Mehrheit der IAA meinte dagegen, dass Kriege verschwinden würden, wenn der Kapitalismus beseitigt sei.

Nieuwenhuis richtete sich gegen die Sozialdemokratie, dass sie die Institution *Militär* nicht grundsätzlich abschaffen, sondern lediglich korrigieren wolle. Gegen Karl Liebknecht gerichtet stellte er fest, „(...) dass wir Anarchisten wohl wissen, dass mit der Beseitigung des Kapitalismus (...) der Militarismus noch nicht beseitigt ist. ... die Sozialdemokraten wollen den Militarismus nicht an der Wurzel treffen; sie wollen bloß ein Volksheer (...). Sie wollen nur eine Form-, keine Wesensänderung. Was die Sozialdemokraten Antimilitarismus nennen, sind in Wahrheit Reformen im Heer, (...) was auch die radikale Bourgeoisie will.“¹⁵

Die Sozialdemokratie könne, so Nieuwenhuis, auch keine radikalere Position im Anti-Militarismus einnehmen, da sie die Macht im Staat anstrebe und daher auf das Militär als staatliches Machtmittel zur Herrschaftssicherung angewiesen bleibe. Ihre Befürwortung eines Verteidigungskrieges werde im Chauvinismus enden war Nieuwenhuis' hypothetische Voraussicht, die sich mit dem Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) bewahrheitete. Sozialdemokraten und Sozialisten zogen als Soldaten ihres jeweiligen Staates und als Verteidiger ihres „Vaterlandes“ in den Krieg und mordeten sich gegenseitig.

Domela Nieuwenhuis war 1915 Mitunterzeichner eines Aufrufs zur Kriegsdienstverweigerung: „Wir erklären öffentlich, dass wir uns mit ganzer Seele gegen alles kehren, was zum Militarismus gehört, auch gegen ein sogenanntes Volksheer. Sofern man uns je als zu einer bewaffneten Landesverteidigung verpflichtet ansehen sollte, hoffen wir die Kraft zu besitzen, um jede unmittelbare persönliche Teilnahme zu verweigern, die Kraft, uns lieber der Gefängnisstrafe zu unterziehen, ja selbst erschießen zu lassen, als an unserem Gewissen, unserer Überzeugung oder an dem, was wir als das höchste Gesetz allgemeiner Menschlichkeit anerkannt haben, Verrat zu üben. ... Die persönliche Dienstverweigerung hat großen sittlichen Wert und trägt dazu bei, dass wir zu einer Dienstverweigerung der Massen gelangen.“ (D.Nieuwenhuis und andere)¹⁶

Auch Karl Liebknecht verweigerte den Kriegsdienst als Parlamentarier im deutschen Reichstag: Am 2. Dezember 1914 lehnt er als erster und einziger Abgeordneter die Bewilligung weiterer Kriegskredite ab, nachdem er sich im August noch der Parteidisziplin unterworfen und der Bewilligung zugestimmt hatte. Es war eine bedeutende Haltung, leider verspätet und konnte die allgemeine Kriegsbegeisterung nicht stoppen, die auch von der Mehrheitsfraktion der Sozialdemokraten geschürt wurde.

1919 wurde Karl Liebknecht zusammen mit Rosa Luxemburg von Soldaten ermordet. Beide wollten einen Sozialismus verbunden mit einem „friedlichen Staat“ und einer „guten Herrschaft“. Heute bleibt die historische Herausforderung diese Axiome politik-kritisch aufzulösen, nicht zuletzt auch, weil das Modell des „realen Sozialismus“ als eine Variante des Staats-Sozialismus gescheitert ist.

Gescheitert ist der jakobinistische Sozialismus, der im Sinne der Jakobiner der französischen bürgerlichen Revolution, den Staat – also Bürokratie, Militär und Polizei – ausbauen wollte: „*Machtergreifung und Machtausübung durch die Organisation*“¹⁷. Die Grundsätze von Karl Kautsky, des bedeutenden sozialdemokratischen Theoretikers der II. Internationale, sind mit dem Ende der IAA

¹⁵ Domela Nieuwenhuis: Sozialdemokratischer und anarchistischer Antimilitarismus.- In: Die freie Generation, Heft 16, Bd.2, 2. Jg. (1908), S.230, zit.in.: Gernot Jochheim: Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution, und Soziale Verteidigung...; Frankfurt am Main; Haag und Herrchen, 1977, S.130

¹⁶ Bart. de Ligt: Kriegsbekämpfung in den Niederlanden, in: Franz Kobler: Gewalt und Gewaltlosigkeit – ed Franz Kobler im Auftrag der War Resisters' International (WRI), Rotapfel-Verlag Zürich/Leipzig 1928, S.208

¹⁷ Gruppe internationaler Kommunisten: Thesen über den Bolschewismus, aus: Rätekorrespondenz Nr.3 August 1934, Reprint Berlin o.J. ca. (1972)

nicht zusammengebrochen, sondern leben bis in die Gegenwart weiter in den sozialistischen oder kommunistischen Variationen der Stalinisten, Maoisten und Troztkisten.¹⁸ Wir verkennen hier nicht die großen Unterschiede der Sozialismus-Modelle – allen gemeinsam ist allerdings die mehr oder weniger große Bedeutung von hierarchischer Organisation nach militärischem Vorbild und der staats-politischen Orientierung.

In dieser Politiktradition vertritt im säkularen Spektrum im Jahr 2007 der Deutsche Freidenkerverband (DFV e.V.) mit dem Vertreter Klaus Hartmann sogar eine nationalistische Position, wenn die „Besatzung“ z.B. vom Irak und Palästina kritisiert und „Freiheit“ für die Staaten gefordert wird. Der DFV forderte auch für den früheren serbischen Präsidenten und serbischen Nationalisten Slobodan Milosevic „Freiheit“. Milosevic wurde vom UN-Kriegsverbrechertribunal angeklagt und vorgeworfen, für den Tod von vielen hundert Kosovo-Albanern und Kroaten und für die Vertreibung von Millionen von Zivilisten verantwortlich zu sein. Hier wird ein Etatismus gepflegt, der Kriegs-Politik unter zweifelhafter „nationaler Befreiung“ legitimiert.

Der Deutsche Freidenker-Verband e.V. (DFV, Dortmund) hat in seinem Internet-Auftritt zum „Anti-kriegstag 2006“ einen Aufruf mit ähnlicher Aussage veröffentlicht. Auffällig sind als Erstunterzeichner die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), gefolgt von der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML-Roter Stern). Organisationen der Friedensbewegung fehlen. Der „Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e. V.“ (DFW) würdigt mit dem 8. Mai 2005 den 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges, den Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus als einen „Tag des Gedenkens, der Mahnung und der Erinnerung“. Schon vor 10 Jahren hat der DFW hierzu eine öffentliche Erklärung verbreitet, die seine ethischen, humanistischen und menschenrechtspolitischen Grundpositionen zum Ausdruck bringt. Ihnen ist auch heute zum 60. Jahrestag desselben historischen und zugleich die Gegenwart verpflichtenden Tages des 8. Mai 1945 nichts hinzuzufügen.¹⁹ Gefeiert wird mit dem 8. Mai auch der militärische Sieg. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ bleibt einer Politik verhaftet, der sich nur auf das Völkerrecht, d.h. Staatenrecht, konzentriert. Das war auch immer die Orientierung der bürgerlichen Friedensgesellschaften. Es bleibt grundsätzlich die mögliche Zwangsrekrutierung von Soldaten, das Wehrpflichtsystem und letztendlich Militär bestehen mit der logischen Möglichkeit „Krieg“.

Die Verknüpfung von Religion, Militär und Staat

Religion ist ein Machtinstrument. Militär ist Ausdruck und Machtinstrument des Staates und in der Verknüpfung von Religion und Staat sehen wir, dass religiöse Autorität für politische Herrschaft genutzt wird.

Alte Riten und Symbole wirken aus diesen Bereichen bis in die Gegenwart, auch wenn diese allgemein als überwunden angenommen werden, weil sie bei vielen Menschen im täglichen Leben keine Bedeutung haben. Der militärische Bereich ist besonders geprägt durch Uniformen, Abzeichen, Farben, Befehlsformen und Zeremonien. Die christliche Religion hat bei militärischen Zeremonien eine hervorgehobene Rolle. Der Religion wurde die Rolle zur ideologischen Militarisierung zugewiesen. Mit den religiösen Offenbarungen ist im Christentum oft ein Anspruch auf Erkenntnis und Wahrheit verbunden. Die für den Soldaten zwingende Praxis von Befehl und Gehorsam wird durch die im Christentum geltende Offenbarungen als Befehle oder Gebote erlebt. Militärisches Handeln, verbunden mit Erlebnissen der Offenbarung, den Dogmen der Religionen, die religiösen Menschen vorgegeben sind und die es für sie einzuhalten gilt, verstärkt den Handlungsdruck als Soldat. Aus unserer Sicht sind die Heiligen Schriften über weite Strecken Gebrauchsanweisungen

¹⁸ Vgl. ebenda: Jean Barrot: Der Renegat Kautsky und sein Schüler Lenin.

¹⁹ Vgl.: www.dfw-dachverband.de

zur Intoleranz. Nicht nur Religionskritiker betonen, dass der Anspruch auf absolute Wahrheit und Unfehlbarkeit, Fanatismus und Fundamentalismus begünstigen kann.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Kirchen wieder bei der Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Abgesehen von einigen Auflagen der alliierten Siegermächte gab es nach 1945 eine Kontinuität in den kirchlichen Institutionen, die über die Nazizeit und die Weimarer Republik bis ins deutsche Kaiserreich mit der Verbindung von Thron und Altar reicht. Beim Militär wird das offenkundig.

„Wer, betet, zittert nicht‘, dieser Spruch des vom katholischen Militärbischofsamt (1967) herausgegebenen Büchleins ‚Komm gut durch‘ bringt es auf den Begriff: Religion, diese Religion, eine solchermaßen vermittelte Religion, ersetzt im Notfall Valium. Diese Religion ist gewissermaßen die geborene Verbündete jeder aufrüstungswilligen Regierung wie auch sicherheitsbedürftiger Landesregierungen.

Nichts dürfte mit dem Christentum vom emotionalen Ansatz her so harmonisieren wie die soldatischen Tugenden des blinden Gehorsams und der strikten Ordnung, des tapferen Dreinschlagens und der uniformen Gefolgschaft. (...) Dem entspricht auch die formale Übereinstimmung dieser beiden hierarchisch gestuften Herrschaftsgebilde. Auf dem Hintergrund der jesuanischen Lehre mag das erstaunlich erscheinen. Dennoch ist festzustellen, dass das Christentum eine durchgängige Affinität zum Soldaten und Kriegswesen sowohl in seiner ideologischen Grundlegung als auch in seiner religiösen Sprechweise hat. Es gab seit alters her Bischöfe als Heerführer und es gab Kreuzzüge, Ritterorden und die kirchliche Legitimation der Kriege als ‚gerechte Unternehmungen‘. Das kirchlich-hierarchische System, mit seinen repressiven Mechanismen bis ins innere des Individuums, setzt notwendig nach außen lenkbare Aggressionspotentiale frei. Wer sich weigert, als Soldat zu töten, wer desertiert – von welchem mörderischem Heer auch immer – wurde von den christlichen Kirchen geächtet und bestraft; nicht dagegen jener, der ‚seine Pflicht erfüllte‘ und mordete.“²⁰

Gehört diese Position noch zur Gegenwart im Jahr 2007 in der Bundesrepublik Deutschland? Bis Mitte der 60er Jahre wurde von der katholischen Kirche die Werbung für Kriegsdienstverweigerung als unerwünscht erklärt und auch katholische Kriegsdienstverweigerer mit dieser Haltung eingeschüchert.²¹ Heute ist dieses Haltung weiterhin latent vorhanden.

Religion und Militärmusik

Die Selbstdarstellung der Bundeswehr für ihren Bereich der Militärmusik zeigt dies offenkundig. Militärmusik soll Traditionspflege sein und ist *„Ausdruck soldatischen Empfindens. Sie dient heute dazu, die Bundeswehr nach innen und außen zu repräsentieren. Als fester Bestandteil im kulturellen Leben unseres Volkes bildet sie ein wichtiges Bindeglied zwischen Truppe und Bevölkerung.“*²² Militärmusik *„ist klingender Ausdruck militärischen Selbstverständnisses.“*²³ Die Militärmusik umfasst alle Aspekte musikalischer Darbietungen, darunter auch Unterhaltungs- und Tanzmusik. In der wesentlichen Erscheinungsform dieser Musik gibt es bei Truppenmärschen, der Musik des Truppenzeremoniells (Präsentiermarsch, Hymne, Großer Zapfenstreich etc.) den christlich-religiösen Bezug. In der Tradition deutscher Militärmusik stehen drei Werke im Vordergrund:

²⁰ Johannes W. Neumann: Zur religiösen Legitimation der Staatsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Schriften der Humanistischen Union, Tübingen 1991, S. 37f

²¹ Vgl. Interview mit Wolfgang Hertle, in: Bernd Drücke (Hg.): ja! Anarchismus, gelebte Utopien im 21. Jahrhundert, Berlin 2006, S. 147

²² www.militaermusik.bundeswehr.de

²³ Ebenda

- *Altniederländisches Dankgebet* von Adrianus Valerius ist in der deutschen Übersetzung gekannt als *Wir treten zum Beten vor Gott, den Gerechten*. Es ist Bestandteil der militärischen Zeremonie „Großer Zapfenstreich“ und wird häufig bei Anlässen von besonderer Bedeutung gespielt. Es wurde geradezu zum Inbegriff der *Thron und Altar*-Zivilreligion des deutschen Kaiserreiches. Heute gehört es weiterhin zum Musikrepertoire der Bundeswehr.
- *Ich bete an die Macht der Liebe* von Dimitri Bortnjansky (1822). Diese Choralstrophe wird beim Großen Zapfenstreich in der Bundeswehr als musikalisches Gebet nach dem Kommando „Helm ab zum Gebet!“ gespielt. (ab ca. 1825 bis heute)
- *Bayerisches Militärgebet* von Johann Kaspar Aiblinger. Sein „Bayerisches Militärgebet“ ist bis heute Teil der bayerischen Sonderform des Großen Zapfenstreichs und wird anstelle von „Wir treten zum Beten“ gespielt.

Gott und Staat

Überlieferte Redewendungen zeigen die Verbindung von Religion und Staat. Die Parole „Mit Gott für König und Vaterland“ wurde von konservativen Parteien im protestantischen Preußen gebraucht. Ursprünglich stand „Mit Gott für König und Vaterland“ auf einem Abzeichen (ab ca. 1813), das an den Mützen der preußischen Landwehrsoldaten getragen wurde. Der Gottesbezug wurde auch in der nationalsozialistischen Ideologie bei Staat und Militär genutzt: Die Parolen „Gott schütze Führer, Volk und Vaterland“. „Gott mit uns“ mit Kaiserkrone trugen die Soldaten im Ersten Weltkrieg (1914 - 1918) und mit Hakenkreuzadler im Zweiten Weltkrieg (1939 - 1945)²⁴.

Totensonntag : Der protestantische König bestimmt den evangelischen Feiertag

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen bestimmte durch Kabinettsorder vom 17. November 1816 den Sonntag vor dem ersten Advent zum „allgemeinen Kirchenfest zur Erinnerung an die Verstorbenen“. Mit dem „Totensonntag“ wollte er Gedenken an die Gefallenen der Befreiungskriege, die Trauer um die 1810 verstorbene Königin Luise gedenken. Außerdem gab es kein Totengedenken im evangelischen Kirchenjahr.

Die Bezeichnung „Totensonntag“ ist Umgangssprache. Die Evangelische Kirche benutzt den Begriff *Ewigkeitssonntag* für das Totengedenken. Für Christen ist der Tod zwar das Ende irdischen Lebens, doch wird dies in der Perspektive der Hoffnung auf die Auferstehung der Toten gesehen.

„Allerseelen“ ist am zweiten November für die römisch-katholischen Kirche der Tag, der diese Funktion einnimmt.

„Volkstrauertag“ vereinigt Religion, Militär und Staat

Der „Volkstrauertag“ wurde 1919 vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ als Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges vorgeschlagen. 1922 fand die erste Gedenkstunde im Reichstag statt. Beteiligt waren traditionelle Militärkreise und das nationalkonservative Bürgertum (u.a. Konrad Adenauer, Max Liebermann). Seit 1925 wurde der erste „Volkstrauertag“ begangen und der Präsident des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ beschwor die „alte Schuld unserer gefallenen Helden gegenüber abzutragen“²⁵. Der Soldatenehre sollte mit

²⁴ Beyer, Wolfram: Kriegsdienstverweigerung zwischen Pazifismus und Antimilitarismus, in: ders. (Hrsg.): Kriegsdienste verweigerung – Pazifismus heute (Hommage an Ossip K. Flechtheim), Berlin 2000, S. 77

²⁵ Kriegsgräberfürsorge, 5.Jg., Nr.2 (Februar 1925) S.10), zit. in: IDK e.V. (Hrsg.): Die Kehrseite der Medaille, Dokumen-

deutschnationalem Gedanken gedacht werden. 1929 wurde in der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ berichtet, dass *„die Gotteshäuser überfüllt waren und das Lied vom Guten Kameraden vereinte die Toten mit den Lebenden, vereinte alle.“*²⁶

Die Nationalsozialisten übernahmen diesen Gedenktag und legten ihn als staatlichen Feiertag fest und benannten ihn „Heldengedenktag“.

1942 – im Krieg – steht zum „Heldengedenktag“ in der Zeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“: *„Möge der Allmächtige unser Ringen segnen und unser Reich aus dem Opfer der Millionen herrlicher denn je emporwachsen lassen.“*²⁷

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde 1948 die Tradition des „Volkstrauertages“ wieder in der alten Form aufgenommen. 1950 fand die erste zentrale Veranstaltung des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ im Bundestag in Bonn statt. In Abgrenzung zur Tradition des *Heldengedanktages* wurde 1952 beschlossen, den Volkstrauertag an das Ende des Kirchenjahres zu verlegen; diese Zeit wird theologisch durch die Themen Tod, Zeit und Ewigkeit dominiert.

Anstelle von einer kritischen Reflektion des Volkstrauertages und des Heldengedanktages heißt es jetzt zur Ehre der Soldaten:

„Persönliche Lauterkeit, Tapferkeit und eine unangetastete Ehre können wohl missbraucht aber nicht entwertet werden.

Für viele ist der Kriegsdienst ein Opfergang gewesen (...) so sollten wir nicht weniger die Kraft besitzen, auch vor jungen Menschen das wahre Bild vieler gefallener Soldaten zu zeichnen, um uns ihrer geraden Haltung, ihrer äußeren und inneren Tapferkeit und ihrer Bewährung in Not und Verzweiflung zu bekennen und damit ihr Leben vor uns und für uns zu bestätigen. Das Lied vom Guten Kameraden hat auch heute noch seinen Klang.

*So wird das Leid umgeschmolzen in eine Kraft, Geschichte neu mitzugestalten. Die Rätselhaftigkeit allen Todes aber, das Warum allen Leidens und Sterbenmüssens im und durch den Krieg bleibt auch für uns als offene Frage bestehen (...) denn vor Verderben schützen doch nur Gottes Hände, und nur in seinem Auftrag kommt der Tod.“*²⁸

(Rede zum Volkstrauertag 1970 von Frau Dr. Elisabeth Günther)

Heute ist religiös bestimmte Schicksalsergebenheit und Untertanentreue nur noch reaktionäre Politik. In dieser Tradition steht der „Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge“.

Militärseelsorge

Militärseelsorge bezeichnet die kirchliche Arbeit der beiden großen christlichen Konfessionen Deutschlands in der Bundeswehr. Nach dem Zweiten Weltkrieg, während der Remilitarisierung der Bundesrepublik, waren sich Bundesregierung und Katholische Kirche komplikationslos einig, weil das Reichskonkordat von 1933, das die Militärseelsorge in der Wehrmacht regelte, 1956 einfach fortgeschrieben wurde. Die anfängliche Opposition in der Evangelischen Kirche gegen Militärseelsorge war 1957 beendet. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich nach der deutschen Vereinigung in den neuen Bundesländern (um 1990).

In der Militärseelsorge wird die Verbindung von Religion-Militär-Staat am offenkundigsten. Die Militärpfarrer sind Staatsbeamte und sind dem Bundesverteidigungsministerium zugeordnet: *„Diese institutionelle Verzahnung von weltlicher Militärmacht und geistlicher Herrschaft ist eindeutig ver-*

tation über den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Berlin (West) 1972, S. 26

²⁶Kriegsgräberfürsorge, 9. Jg. Nr. 4 (April 1929), zit. in: Ebenda, S. 38

²⁷Kriegsgräberfürsorge, 22. Jg., Nr. 3 (15. März 1942), zit. in: Ebenda, S. 72

²⁸In: Kriegsgräberfürsorge, Jg. 47, Nr. 4, Mai 1971, S. 80F, zit. in Ebenda, S. 18f

fassungswidrig. Im militärischen Bereich sind nämlich staatliche Behörde und kirchlicher Auftrag unlöslich miteinander verquickt insofern einerseits die kirchlichen Instanzen staatliche Aufgaben wahrnehmen und andererseits die kirchliche Verknüpfung mit staatlicher Hoheitsmacht ausgestattet ist und nach staatlich-militärischen Regeln durchgeführt wird. Der von den Geistlichen beider Konfessionen zu erteilende, lebenskundliche Unterricht' ebenso wie die Eidesunterweisung, sind militärische Pflichtveranstaltungen.“²⁹

Gegen die Gewalt

Religionen, fast alle Religionen, haben Triebkräfte für Verfolgung und Krieg, für Folter und Mord. Die drei Offenbarungsreligionen – Judentum, Christentum und Islam – haben gemeinsam die Überzeugung, dass jeweils Gott für ihre Religion allein die Wahrheit über sich, den Menschen und die Welt offenbart. Dies wurde festgeschrieben in der hebräischen Bibel (Tora), der christlichen Bibel (Altes und Neues Testament) und dem Koran.

Überall dort, wo sich Religion und Staat (oder Staat mit Religion) verbinden wird aus Religion ein Gewaltfaktor, bis hin zum Terror und/oder Staatsterrorismus. „Staat an sich“ ist Gewalt, der durch Religion weitere Triebkraft bekommt. Zur Kriegsführung leistet Religion den Dienst der ideologischen Militarisierung der Bevölkerung. Selbst der als friedlich geltende Buddhismus betreibt Gewalt- und Kriegslegitimation. Aktuelles Beispiel ist der singhalesische Nationalismus begründet mit dem Theravada-Buddhismus in Sri Lanka. Auf der anderen Seite sehen wir einen Hindu-Nationalismus der Tamilen. Immer wieder ist Krieg und Terror auf der Tagesordnung, wobei die ökonomischen Faktoren zwischen „arm und reich“ und die Kolonialgeschichte auch von Bedeutung sind. In Indien, eine ökonomisch aufstrebenden Supermacht und ein Vielvölkerstaat, hat sich ein Hindu-Nationalismus entwickelt, der die anderen Völker, Sprachen und Religionen im Land zu dominieren sucht.

In den USA gibt es einen starken Einfluss der christlichen Fundamentalisten auf die Politik, obwohl in der amerikanischen Verfassung die Trennung von Staat und Kirche verankert ist.

Überall auf der Welt sehen wir die Politisierung von Religion, bzw. die Orientierung der Politik an Religion. Die Gefahr besteht in der fundamentalen Rückbesinnung auf religiöse Grundmuster, eine normative Bindung an „Heilige Schriften“, die dann Gültigkeit in der Politik bekommen. Bekämpft wird jeder Versuch der Relativierung absoluter religiöser Dogmen oder historisch begründete Kritik, denn es gibt nur „gut und böse“.

Dieses dichotomische Denken, verbunden mit einem apokalyptischem Weltbild, soll eine religiöse Ordnung, Übersichtlichkeit und Stabilität für den einzelnen Menschen schaffen. In der politischen Konsequenz führt das zu einer konservativen Politik. Alle Religionen in ihrer fundamentalistischen, d.h. politischen Ausrichtung, wollen die Gesellschaft wieder auf eine sakrale Grundlage stellen. Gotteslehre soll die Orientierung des Staates sein. Die Religionen eint die Überzeugung, dass dem säkularen Gemeinwesen die Legitimation fehlt, die nur aus der Religion zu entnehmen sei.

Auch die Christen in der Bundesrepublik Deutschland erheben diesen Anspruch und gehen selbstverständlich davon aus, dass die Kirchen für Moral- und Wertefragen des Gemeinwesens die *erste* Adresse sind. Dabei denkt heute die Katholische Kirche modern mit den Begriffen Menschenwürde und Menschenrechte und will dazu gleich die einzige gültige Deutungskompetenz einnehmen. Bis Ende des Zweiten Weltkrieges war der Begriff „Menschenrechte“ in der Sichtweise der Katholischen Kirche negativ besetzt und gehörte zur Philosophie der Aufklärung, die bekämpft wurde. Den

²⁹Johannes W. Neumann: Zur religiösen Legitimation der Staatsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1991, S. 39 (Schriften der Humanistischen Union)

Kirchen ist auch der „christliche Gottesbezug für das europäische Bewusstsein“ unerlässlich und soll deshalb in die Präambel der Verfassung der Europäischen Union (EU) eingefügt werden.

Geschichtsschreibung und Geschichtsbewusstsein bezieht sich immer wieder auf das „Römische Reich“ als Vorbild. Was als „Erbe Roms“ bis heute blieb ist das Christentum und der Staatsgedanke. Das Christentum wurde „Ideologie der Herrschenden, als Herrschafts- bzw. Staatsideologie, zum ersten Mal und für Jahrhunderte auf den Begriff gebracht im 5. Jahrhundert durch den ‚Gottesstaat‘ von Augustinus“³⁰. Später wurde dieses Staatsdenken übertragbar auf jedes andere hierarchisch geordnete Staatsgebilde. Manche Historiker sehen die USA als Erbe des Imperium Romanum und als neue Ordnungsmacht: *„Wir, ebenso wie die Römer, haben es zu tun nicht mit Entscheidungsschlachten, sondern mit einem permanenten Kriegszustand, wenn er auch begrenzt ist (...) und müssen eine entwickelte Gesellschaft gegen eine Vielzahl von Drohungen aktiv verteidigen (...).“* (Edward Luttwak)³¹

Entmilitarisierung entwickelt sich in der Erkenntnis und Kritik der Ursachen und Erscheinungsformen von Gewalt. „Sag Nein“³² im Konzept der Verweigerung der Kriegsdienste kann dort ansetzen, wo die Gewalt institutionalisiert ist: Militär-Verweigerung, Militär-Dienst-Verweigerung und „Bundesrepublik ohne Armee“. Jeder Mensch kann sich Institutionen verweigern, die Gewalt direkt oder indirekt legitimieren. Eine Möglichkeit ist auch der Kirchenaustritt. Das ist einfach und ein Leben ohne Gott und Kirche ist wunderbar wertvoll. Kirchenmitglieder ohne Glauben – davon gibt es viele – können diesen Schritt sofort tun. Sie helfen mit, den Macht- und Legitimationsanspruch der Kirchen im Staat zu reduzieren.

Andererseits: Wir wissen um die Vielzahl der gewaltfreien und religiösen Menschen im Christentum, Judentum, dem Islam, dem Hinduismus und dem Buddhismus etc. Sie leisten Friedensarbeit in ihren Kirchen, Vereinigungen und Organisationen.

Die Zusammenarbeit von religiösen und humanistischen Pazifisten und Kriegsdienstverweigerern belegt die freundschaftliche Zusammenarbeit der Gruppen des Internationalen Versöhnungsbundes (IFOR) und der War Resisters' International (WRI) seit dem Bestehen dieser Organisationen (1921). Innerhalb der WRI-Sektionen gibt es eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf säkularer Grundlage. Ein gemeinsamer Weg zur Befreiung von Gewalt ist möglich, insbesondere wenn die Orientierung ein Gemeinwesen ist auf der Grundlage von Gesetz und Freiheit *ohne* Gewalt.

(*) *Erstveröffentlichung in:*

Wolfram Beyer (Hrsg.) *Kriegsdienste verweigern – Pazifismus aktuell. Libertäre und humanistische Positionen* (Textsammlung). Oppo-Verlag Berlin 2007, S.10-25

³⁰ Ekkehart Krippendorf: *Staat und Krieg, die historische Logik politischer Unvernunft*, Frankfurt am Main 1985, S. 404

³¹ zit. in. ebenda S. 405

³² Borchert, Wolfgang: *Dann gibt es nur eins*, S. 142, Gedicht in diesem Buch*